25.06.2019

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP "Wissenschaft und Hochschulen weiter international ausrichten und europäisch denken – Erasmus+ fortsetzen" (Drs. 17/6596)

I. Ausgangslage

Das Erasmus-Programm der EU ermöglicht seit mehr als 30 Jahren Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden und Hochschulangehörigen einen Auslandsaufenthalt. Es ist als erfolgreichstes EU-Programm anerkannt, weil es ein konkretes Beispiel für die positive Wirkung der europäischen Integration ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat daher bereits frühzeitig zu Beginn der 17. Wahlperiode am 12. Dezember 2017 anlässlich des 30jährigen Jubiläums des Erasmus Programms den Antrag "30 Jahre Erasmus Austausch in Nordrhein-Westfalen – Bildungspolitischen Austausch weiterentwickeln" (Drs. 17/1441) vorgelegt. Nach Beratung mit den Fraktionen von CDU und FDP wurde der Antrag am 22. März 2018 nach dem Beschluss eines gemeinsamen Änderungsantrags der Fraktionen von CDU, SPD und FDP (Drs. 17/2152) mehrheitlich vom Landtag beschlossen. Seither hat die Landesregierung den Beschluss nicht umgesetzt. Hinzu kommt, dass die regierungstragenden Fraktionen mit ihrem aktuell vorgelegten Antrag (Drs. 17/6596) hinter die konkrete Beschlusslage zur Vorlage, eines Konzeptes zur Ausweitung von Erasmus+ auf die Zielgruppe der Auszubildenden zurückfallen, indem sie lediglich eine Prüfung der Landesregierung einfordern.

II. Der Landtag beschließt:

Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss vom 22. März 2018 mit den nachfolgenden Punkten:

 Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Rahmenbedingungen zur Erhöhung des kulturellen und bildungspolitischen Austausches von Schülern, Studierenden, Praktikanten, Auszubildenden, Hochschulangehörigen und pädagogischen Fachkräften zu verbessern.

Datum des Originals: 25.06.2019/Ausgegeben: 25.06.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- 2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag ein Konzept vorzulegen, wie Erasmus+ stärker auf Auszubildende auszurichten ist. Hierzu gehören auch die Erhebung von Vergleichszahlen sowie eine Strategie zur Einbindung von Arbeitgebern.
- 3. Der Landtag spricht sich für die Intensivierung des Bildungsaustauschs mit anderen Nationen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union aus. Sobald die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den EU-27 und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien geklärt ist, sollen Maßnahmen für den Bildungsaustausch mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien konkretisiert werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich die dort gefassten Punkte umsetzen und sofortig einen Sachstand über den Stand der Umsetzung zu geben.

Thomas Kutschaty Sarah Philipp Michael Hübner Rüdiger Weiß Dietmar Bell

und Fraktion